

# Wochenblatt

## für Böhopau und Umgegend



### Böhopauer Tageblatt u. Anzeiger

Das Wochenblatt für Böhopau und Umgegend (Böhopauer Tageblatt und Anzeiger) ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Böhpa, des Finanzamts und des Stadtrats zu Böhopau befähigtestes bestimmtes Blatt.

Bankkonten: Erzgebirgische Handelsbank e. G. m. b. H. Böhopau Gemeindegeldkonto: Böhopau Nr. 41  
Postkonten: Leipzig Nr. 42884 - Fernsprecher Nr. 712

Anzeigenpreise: Die 48 mm breite Millimeterzeile 7 Pf.; die 90 mm breite Millimeterzeile im Textteil 26 Pf.; Nachzahlung A. 3 Pf. und Nachweisgebühr 26 Pf., zuzüglich Porto.

Zeitung für die Orte: Krumpnerdors, Balditzsch, Wörnschen, Gohndorf, Willkühthal, Weißbach, Dittersdorf, Gornau, Dittmannsdorf, Böhpa, Scharfstein, Schöbchen, Vorchdorf

Nr. 244

Freitag, den 18. Oktober 1935

103. Jahrgang

# Schuschnigg geht, Schuschnigg kehrt wieder

## Starhemberg Führer der einheitlichen Wehrbewegung Oesterreichs

Amlich wurde Donnerstagabend in Wien bekanntgegeben: Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat dem Bundespräsidenten Miklas einen Vorschlag unterbreitet, sämtliche Mitglieder seiner Regierung laut Artikel 82 der Bundesverfassung 1934 zu entlassen. Gleichzeitig gab der Bundeskanzler dem Bundespräsidenten gemäß Artikel 86 der Verfassung 1934 seine Demission. Der Bundespräsident gab dem Vorschlag hinsichtlich der Entlassung der Regierungsmitglieder statt, nahm jedoch das Ersuchen des Bundeskanzlers um seine Enthebung vom Amte nicht zur Kenntnis. Er ersuchte den Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, ihm unverzüglich Vorschläge hinsichtlich der neuen Zusammenlegung der Regierung zu erstatten. Bundeskanzler Dr. Schuschnigg kam diesem Auftrag des Bundespräsidenten nach und erstattete seine Vorschläge, die vom Bundespräsidenten genehmigt wurden. Im Kabinett wird somit Bundeskanzler Dr. Schuschnigg die Ressorts Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Landesverteidigung und Bundesministerium für Unterricht führen. Außerdem wurden vom Bundespräsidenten folgende Persönlichkeiten zu Mitgliedern der Bundesregierung über Vorschlag des Bundeskanzlers gemäß Artikel 82 der Verfassung 1934 ernannt:

- Ernst Rüdiger Starhemberg, Vizekanzler;
- Georg Berger-Waldenegg, Bundesminister für die auswärtigen Angelegenheiten;
- Edward Baar-Warenfels, Bundesminister für sachliche Leitung der Angelegenheiten der inneren Verwaltung und des Sicherheitswesens;
- o. ö. Universitätsprofessor Dr. Debreresberger, Bundesminister für soziale Verwaltung;
- Staatsrat Rechtsanwalt Dr. Ludwig Draxler, Bundesminister für Finanzen;
- Fritz Siobla, Bundesminister für Handel und Verkehr;
- Generalprokurator Dr. Hebert Winterstein, Bundesminister für Justiz.

Ingenieur Ludwig Strobl, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft;  
Dr. Karl Buresch, Bundesminister ohne Portefeuille, betraut mit der Verwaltung gemeinsamer wirtschaftlicher Angelegenheiten und dem Vorsitz im wirtschaftlichen Ministerkomitee.

Ferner wurden über Vorschlag des Bundeskanzlers gemäß Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung 1934 vom Bundespräsidenten einige Staatssekretäre bestellt.

Zu gleicher Zeit wird die Vereinheitlichung der Wehrverbände in der vom Bundesführer der Vaterländischen Front und Führer der Wehrfront, Ernst Rüdiger Starhemberg, im Einvernehmen mit Bundeskanzler Dr. Schuschnigg bereits vor einiger Zeit angekündigten Form durchgeführt.

Der neue gemeinsame Wehrverband führt die Bezeichnung „Freiwillige Miliz - Österreichischer Heimatschutz“ und wird der einzige Träger der freiwilligen Wehrbewegung in Oesterreich sein. Um die zweckmäßige Ausbildung und Vereinheitlichung der gesamten Wehrkräfte des Volkes zu ermöglichen, wird für eine enge und stete Fühlungnahme zwischen Wehrmacht und Miliz vorgefertigt sein. Der Bundeskanzler und Bundesminister für Landesverteidigung, Dr. Schuschnigg, hat dem Vizekanzler und Führer der Wehrfront, Starhemberg, alle diesbezüglichen notwendigen Vollmachten eingeräumt, die erforderlich sind, um die zweckmäßige und reibungslose Zusammenarbeit der Wehrmacht und freiwilligen Miliz zu gewährleisten.

Ferner wird unter einem auch die Vereinheitlichung der in einer Arbeitsgemeinschaft bereits erfahrenen Jugendorganisationen als Staatsjugend unter vollkommener Wahrung bestehender Rechte der einzelnen Verbände, insbesondere unter Berücksichtigung der im Kontrakt vereinbarten Grundsätze durchgeführt.

betonte der Minister, daß die Zeiten der Verwirrung und des Streites nun hinter uns lagen. Aber keiner Auffassung nach sei dieser Streich doch notwendig gewesen, da in einer Zeit des Aufbruches genau so wie in der Zeit der Reformation nicht nur das wirtschaftliche und soziale Leben, sondern auch das innere, das religiöse Leben in Fluß geraten müsse. Die übertragene Mehrheit der deutschen Kaiser werde sich fraglos diesem Aufruf froh anschließen. Der Minister drückte die Überzeugung aus, daß auch das gesamte Kirchenvolk sich freudig zu diesem Aufruf betonen und ihm gemäß handeln werde.

### Im Aufruf des Kirchenausschusses heißt es u. a.:

Die unantastbare Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche ist das Evangelium von Jesus Christus, wie es uns in der heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht getreten ist. (Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche, Artikel 1.) Alle Arbeit der Kirche, auch ihre Theologie und ihre Verwaltung müssen der Verständigung dieses Evangeliums dienen.

Aus dieser Glaubensgebundenheit ermahnen und bitten wir die evangelischen Gemeinden, in Fürbitte, Treue und Gehorsam zu Volk, Reich und Führer zu stehen. Wir bejahen die nationalsozialistische Volksgemeinschaft auf der Grundlage von Rasse, Blut und Boden. Wir bejahen den Willen zu Freiheit, nationaler Würde und sozialistischer Opferbereitschaft bis zur Lebenshingabe für die Volksgemeinschaft. Wir erkennen darin die uns von Gott gegebene Wirklichkeit unseres deutschen Volkes.

Vor allem liegt uns in der gegenwärtigen Stunde daran, die im Kampf der letzten Jahre deutlich gewordenen unauflösbaren Anliegen zu verteidigen und die aufgedruckten Kräfte zu positivem Einsatz zu führen. Nur auf diese Weise können die gefährlichen Folgen des Kirchenstreits überwunden werden. Nur so kann ein neues Vertrauen im evangelischen Deutschland und darüber hinaus in der ganzen Christenheit wachsen und wird die Kirche der Reformation dem deutschen Volk auch in den religiösen Auseinandersetzungen unserer Tage den schuldigen Dienst leisten können. Spannungen sind unausweichlich. Sie müssen in Härte, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit ausgetragen werden.

Die gefährlichen Folgen des Kirchenstreits überwunden werden. Nur so kann ein neues Vertrauen im evangelischen Deutschland und darüber hinaus in der ganzen Christenheit wachsen und wird die Kirche der Reformation dem deutschen Volk auch in den religiösen Auseinandersetzungen unserer Tage den schuldigen Dienst leisten können. Spannungen sind unausweichlich. Sie müssen in Härte, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit ausgetragen werden.

Der alte SA-Geist lebt!  
Dr. Goebbels spricht vor 15 000 Berliner SA-Männern.  
Der Berliner Sportpalast war Donnerstagabend der Schauplatz einer gewaltigen Kundgebung, die von der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg veranstaltet wurde. Schon länger als eine Stunde vor Beginn zogen die Formationen von ihren Sammelplätzen aus allen Teilen der Stadt in die mit Lorbeer, den Zeichen der Bewegung und mit Spruchbändern würdig geschmückte Halle ein, unter ihnen Marineeinheiten, Mitglieder der Reichs-SA und des NSKK.

Beim Auftakt der Veranstaltung waren 15 000 SA- und 500 NSKK-Männer versammelt. Nach dem Einmarsch der Hunderte von Fahnen wurde die Kundgebung durch Obergruppenführer von Jagow mit einem kurzen Appell eröffnet. Nach ihm sprach Gauleiter Dr. Goebbels, der schon bei seinem Eintreffen mit stürmischem Jubel empfangen und beim Verlassen der Rednertribüne abermals lebhaft begrüßt wurde. Wieder und wieder wurde Dr. Goebbels dann bei seiner Ansprache von lauter Zustimmung der Tausende unterbrochen. Die Veranstaltung wurde ein überzeugendes Bekenntnis zum alten SA-Geist, mit dem die Bewegung das Reich erobert hat und mit dem sie das Reich auch erhalten wird.

Einstellung des Postüberweisungsverkehrs zwischen Deutschland und Italien.  
Die italienische Postverwaltung hat den Postüberweisungsverkehr mit den fremden Postverwaltungen eingestellt und gebeten, auch den Verkehr nach Italien einzustellen. Postüberweisungen nach Italien werden daher vom 18. Oktober ab nicht mehr ausgeführt, dagegen werden Postanweisungen nach Italien weiterhin angenommen.

Nach dieser Verfügung hört der barackdische Zahlungsverkehr zwischen deutschen und italienischen Postämtern auf. Fargeldüberweisungen durch Einzahlung auf Postanweisung an bestimmte Empfänger sind auch weiterhin möglich.

# Kirche und Staat gehören zusammen

## Ein Aufruf des Kirchenausschusses an das Kirchenvolk

Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, Herr Reich, sprach vor den Vertretern der Presse über den Aufruf, den der Kirchenausschuss an das Kirchenvolk gerichtet hat, um zugleich seine persönliche Stellung zu den einzelnen Fragen darzulegen.

Minister Reich betonte, der nationalsozialistische Staat habe von jeher die Auffassung vertreten, daß Partei und Staat auf dem Boden des positiven Christentums ständen, ohne sich an eine Konfession zu binden. Allerdings müsse hierbei festgestellt werden, daß positives Christentum nicht mit engstirnigem Dogmatismus zu tun habe, sondern nur mit der Tat. Die Konsequenz des Nationalsozialismus, der aus dem Glauben und aus der Liebe zum deutschen Volk gekommen sei, habe von selbst die Grundlage für ein solches Programm gegeben.

Der Nationalsozialismus greife niemals in die Glaubens- und Gewissensfreiheit des einzelnen ein, sondern überlasse einem jeden, sich seinen Gott so vorzustellen, wie er es für richtig halte.

Diese Auffassung sei von der Nationalsozialistischen Partei und vom Staat immer vertreten worden. Wenn in den vergangenen beiden Jahren hierin scheinbar eine Verwirrung aufgetreten sei, so seien Partei oder Staat als solche niemals betroffen gewesen. Sie sei höchstens auf einzelne zurückzuführen gewesen.

An sich glaube er, der Minister, daß die Verwirrung notwendig gewesen sei. Denn in der Zeit eines so gewaltigen Umbruches, wie er durch die nationalsozialistische Revolution herbeigeführt worden sei, eines Umbruches, der eine vollkommen neue Richtung für die geistige Haltung gebe, sei es selbstverständlich, daß auch über Wesen und Form des Glaubens an sich Meinungsverschiedenheiten ausbrechen. Deswegen

sei es Unfuss, wenn man Bewegungen wie z. B. der Deutschen Glaubensbewegung, die innerhalb der nationalsozialistischen Weltanschauung entstanden sei, als Gottlosenbewegung bezeichne.

Es sei ja bekannt, daß der nationalsozialistische Staat nicht nur den Kommunismus ausgerottet habe, sondern auch die Gottlosenbewegung. Die Deutsche Glaubensbewegung sei keine Gottlosigkeit, sondern es sei klar, daß sich hier ein Glaube zum Durchbruch durchringe. Unsere Zeit sei so religiös wie vielleicht keine Zeit vor uns, wenn auch das Bewußtsein über die Form dieser Religiosität nicht immer bei jedem vorhanden sei. Staat und Partei nähmen auf diese einzelnen Glaubensrichtungen keinerlei Einfluß.

wegung sei keine Gottlosigkeit, sondern es sei klar, daß sich hier ein Glaube zum Durchbruch durchringe. Unsere Zeit sei so religiös wie vielleicht keine Zeit vor uns, wenn auch das Bewußtsein über die Form dieser Religiosität nicht immer bei jedem vorhanden sei. Staat und Partei nähmen auf diese einzelnen Glaubensrichtungen keinerlei Einfluß.

Die einzige Möglichkeit, den Streit zu beenden, habe er darin gesehen,

aus den verschiedenen gegeneinander kämpfenden Gruppen Männer zusammenzuführen, denen er die Führung und Leitung der innerkirchlichen Angelegenheiten habe anvertrauen können.

Dabei habe er sich bemüht, die Ansprache der in Frage kommenden Persönlichkeiten so sorgfältig wie nur möglich zu treffen. Er habe auch in langem Bemühen die Männer gefunden, die gewillt seien, das Beste für die Deutsche Evangelische Kirche zu leisten. Nur hätten diese Männer in voller Einmütigkeit den Aufruf erlassen, der durch seine Veröffentlichung auch dem evangelischen Kirchenvolk selbst zur Kenntnis kam.

Im Aufruf sei das gemeinsame Ziel für alle gegeben: in der durch Gott gegebenen Wirklichkeit des deutschen Volkes und des deutschen Lebens werde die nationalsozialistische Erziehung ausgebaut auf der Grundlage von Rasse, Blut und Boden, auf dem Willen zur Freiheit und auf der nationalsozialistischen Würde und Opferbereitschaft bis zur Lebenshingabe für die Volksgemeinschaft.

Wenn auf der Grundlage dieses Aufrufs nunmehr die Deutsche Evangelische Kirche in ihren einzelnen Vertretern, den Pfarrern, ein Werk gehe, so werde es nicht mehr möglich sein, daß über den Glauben irgendwie Streit oder Zwietracht im deutschen Volke entstehen könne.

Hier sei die Grundlage gegeben, die ein Arbeiten innerhalb der Kirche ermöglichte, das wahrscheinlich für sie selbst von größtem Vorteil sei.

Jeder ehrliche Deutsche müsse dankbar dafür sein, so